

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellungspreis monatlich 4.50 Mk., durch unsere Anzeigen zuzugewogen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie andere Anzeiger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Restzeilen die 2-spaltige Kopfzeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil ihrer von Behebenden die 2-spaltige Kopfzeile 3 Mk. Nachweilungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigeranspruch schließt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant prüft.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reippen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 223.

Freitag den 23. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Freitag den 23. September 1921 vormittags 9 bis 1 Uhr

Ausgabe der neuen Brotmarken.

Die Abholung der Marken hat unbedingt an dem bekanntgemachten Tage zu erfolgen. Kinder bis 12 Jahre erhalten keine Marken.

Wilsdruff, am 21. September 1921

Der Stadtrat.

Grumbach.

Freitag den 23. September 1921 vormittags von 9 bis 11 Uhr Birnenverkauf bei Herrn Lösel, Wein- und Garobirnen Pfund 0,75 Mk.

Nachmittags von 2 bis 5 Uhr Brotmarkenausgabe im Gemeindeamt in der üblichen Reihenfolge.

Grumbach, am 21. September 1921.

Der Gemeindevorstand.

Reffelsdorf.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken und Kohlenkarten erfolgt am Freitag den 23. September 1921 vormittags 10 bis 12 Uhr im Gemeindeamt. Die Ausgabe der neuen Kohlenkarten erfolgt gegen Rückgabe der alten Kohlenkarten.

Reffelsdorf, am 22. September 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die holländische Thronrede kündigt eine Flottenvermehrung zur Verteidigung Niederländisch-Indiens an.
- * Lord Curzon richtete eine scharfe Note nach Moskau gegen Wählerkreise der Sowjetregierung in Turkestan, Persien und Indien.
- * Ungarn hat die Zwangsbevirtschaftung für Getreide aufgehoben.
- * Präsident Harding ließ den Friedensvertrag der Vereinigten Staaten mit Deutschland dem Senat zugehen.

Neue Zahlungen.

Am 31. August hat das Reich an die Alliierten die erste Reparationsrate in Höhe von einer Milliarde Goldmark bezahlt, und die Erdörterung, unter welchen Bedingungen diese Milliarde aufgebracht worden ist, ist in Deutschland noch nicht zur Ruhe gekommen. Aber schon unternimmt, als Erinnerung daran, daß im Vergleich mit den noch zu leistenden Zahlungen bisher wenig geschehen ist, die Pariser Garantiekommision einen Versuch in Berlin. Ingleich veröffentlicht der Pariser „Temp“ eine Mahnung. Er erinnert daran, daß die nächste Rate am 15. November fällig wird, die übernächste am 15. Januar. Es handelt sich dabei einmal um die Prozentige Abgabe von der deutschen Aushuf, aus der nach dem französischen Blatt 300 Millionen Goldmark für die Reparation erwartet werden, und um die erste Quartalszahlung der 2-Milliardenrate, die 1922 fällig wird, also um 500 Millionen Goldmark. Alles in allem werden also nach dieser französischen Rechnung 800 Millionen Goldmark im Laufe von rund drei Monaten aufzubringen sein.

Man weiß, daß die Aufbringung der ersten Goldmilliarde auf das deutsche Wirtschaftsleben Rückwirkungen überstirzt hat, daß — um bei dieser eine wichtige Beispiel zu erwähnen — die deutsche Valuta auf einen so niedrigen Kursstand gesunken ist, wie sie ihn bisher noch nicht erreicht hatte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese der ungeheuren Zahlungen, die Deutschland noch bevorstehen, ungünstige Wirkungen auf unsere Währungsverhältnisse haben und immer erneut die Steile, die Geldentwertung, Preissteigerung und Lohnverhöhung bilden, ablaufen lassen wird. Aber diese erste Zahlung fand insofern unter besonders ungünstigen Bedingungen statt, als die Pariser Garantiekommision verlangt hatte, daß die Zahlung in Dollars stattfinden solle und die Reichsbank deshalb bei ihren Geldankäufen auf diese eine Währung angewiesen war. So war es natürlich, daß die Börsenspekulation gerade den Dollar besonders hoch treiben würde, um bei den Reichsbankkäufen Gewinne zu erzielen. Die Reichsbank war, wenn sie sich auch durch Kreditabkommen mit neutralen Bankhäusern zu wehren suchte, doch ziemlich wehrlos dieser Ausbeutung preisgegeben, eben weil sie für den Reparationszweck nur Dollar ankaufen durfte und günstige Kaufgelegenheiten in anderen Währungen nicht benutzen konnte.

Eine weitere Folge war es dann, daß der französische Frank und das englische Pfund Sterling gegenüber dem Dollar im Kurse fielen und daß als Empfänger der deutschen Reparationszahlungen selbst ebenso wie Deutschland, wenn auch nicht in dem gleichen Umfange, geschädigt wurden. Schon damals kamen aus Paris Mahnungen, daß man nach Möglichkeiten suche, Deutschland für die weiteren Zahlungen Bedingungen zu geben, die weniger ungünstige Wirkungen haben würden. Jetzt scheint man diesen Gedanken soweit durchdacht zu haben, daß man an seine Ausführung gehen will, denn es wird gemeldet, die Garantiekommision werde in Berlin der Reichsregierung eine Abänderung der Zahlungsart in der Weise vorschlagen, daß die künftigen Zahlungen in Dollar, Frank oder Pfund Sterling geleistet werden können, wie es Deutschland sowohl für zweckmäßig erachte. Ob weitere Vorschläge in Berlin gemacht werden sollen, darüber ist einwellig nichts bekannt. Es würde allerdings nicht ganz unendlich erscheinen, daß die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands zur Sprache kommt und daß diese Aussprache dann praktische Folgen hat. In Frankreich sind in den letzten Tagen mit beachtenswertem Interesse die Gerüchte besprochen worden, nach denen der Bankrott Deutschlands bevorstehen soll.

Angeregt ist diese Erörterung wohl durch eine Rede, die der französische Wiederaufbauminister Loucheur vor kurzem gehalten hat und in der er den deutschen Bankrott

ankündigt mit der Bemerkung, Frankreich müsse sich ein Anrecht auf die deutschen Zolleinnahmen sichern, um für jeden Fall Deckung seiner Ansprüche zu finden. Diese Lösung, die Lecheur für die Schwierigkeiten der Reparationsfrage findet, mag wohl in den Kreisen der französischen Nationalisten Beifall gefunden haben, die noch heftiger als bisher die Befreiung des Ruhrgebietes fordern, aber es wäre doch denkbar, daß die von der Garantiekommision, in der sich die französischen Nationalisten befinden, aber es wäre doch denkbar, daß sie von der Garantiekommision, in der ja neben den Franzosen auch die anderen Ententestaaten vertreten sind, nicht angenommen ist und daß man sich hier nach anderen Möglichkeiten umsieht, die Forderungen der Alliierten mit den deutschen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Man wird freilich nicht optimistisch sein dürfen. Eine Erleichterung der Zahlungen, die Deutschland auferlegt sind, ist nicht zu erwarten, im besten Fall wird es sich darum handeln, erträgliche Zahlungsformen zu finden.

Vermutungen über die Regierungsbildung in Berlin, 21. Septemb.

Der Entschluß des sozialdemokratischen Parteitages in Götting, sich einer Verständigung und einer gemeinsamen Arbeit in den Regierungen von Preußen und dem Reich nicht länger zu widersetzen, hat natürlich eine Flut von Gerüchten gezeitigt.

So wurde gemeldet, Verhandlungen in dieser Richtung seien bereits eingeleitet. Dr. Wirth solle angeblich vom Reichsfinanzamt zurücktreten und an seine Stelle würde der jetzige sozialdemokratische Reichstagspräsident Lohse berufen werden, der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann würde die Außenpolitik des Reiches übernehmen, der jetzige Außenminister Dr. Rosen Gesandter in Haag oder in Washington werden. Das Reichsfinanzministerium erhielt der Sozialdemokrat Reil, das preussische Finanzministerium ein Vertreter der Volkspartei. Preussischer Ministerpräsident werde das Zentrumsmittglied Dr. Forstch, als preussischer Kultusminister sei Stegerwald, der jetzige Ministerpräsident, aussersehen. Rathenau soll auf seinem Posten als Wiederaufbauminister verbleiben, während der Sozialdemokrat Professor Radbruch die Justizpflege des Reiches in die Hand nehmen werde.

Gegenüber diesen Vermutungen erklärt der Vortwärts, daß sie allesamt zurzeit ohne tatsächlichen Hintergrund seien, und von parlamentarischer Seite wird das bestätigt. Alle Behauptungen seien zum mindesten verfrüht, wenn nicht gänzlich unrichtig. Verhandlungen schwebten augenblicklich überhaupt nicht. Vor dem Zusammentritt des Reichstages und des preussischen Landtages seien Beschlüsse nicht zu erwarten. Als äußerst fraglich wird es hingestellt, ob die Sozialdemokratie geneigt sei, Dr. Wirth als Reichsfinanzminister zu lassen, selbst nicht um den Preis der Anerkennung Lohses durch die übrigen Parteien.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Verhandlungen über die Sanktionen.

Wie aus London gemeldet wird, schreiten die Sanktionen und die Auslegung der im August getroffenen Entscheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung und zwischen den Alliierten und Deutschland sehr befruchtend fort. Der französische Vorkäufer sprach im Auswärtigen Londoner Amt vor und erörterte die Frage mit dem sächsischen Unterstaatssekretär. Nach einer Information aus französischer Quelle war der Vorkäufer der Meinung, daß der britische Gesichtspunkt über die Frage der Modalitäten tatsächlich derselbe ist wie der französische Gesichtspunkt. Nur Einzelheiten seien noch zu erörtern.

Tagung der Deutschen Volkspartei.

Zur Tagung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Heidelberg sind außer den meisten Reichstagsabgeordneten der Partei auch einige preussische Landtagsabgeordnete nach Heidelberg gekommen. Der Industrie- und Handelsausschuss trat zusammen, um die Wirkungen der neuen Steuerentwürfe auf Handel und Industrie zu besprechen. In der Aussprache hatten die Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius, Dr. Cremer und Finanz-

minister a. D. Becker Vorträge angemeldet. Die Beratungen sind streng vertraulich.

Ludendorff gegen den Revanchekrieg.

Der „Matin“ veröffentlicht ein Interview des Generals Ludendorff, das dieser dem Sonderkorrespondenten dieses Blattes Sauerwein gewährt hat. Ludendorff erklärte: Ein Revanchekrieg Deutschlands ist für unbestimmte Zeit vollständig unmöglich. Frankreich besitzt eine mit allen Kampfmitteln reich ausgestattete Armee. Dagegen haben wir durch die Zerstörung der deutschen Kriegsinindustrie jede Möglichkeit verloren, neue Kriegsausstattungen zu schaffen. Es ist eine absurde Einbildung, zu glauben, daß Deutschland eine moderne Armee im geheimen organisieren könnte. Die große Frage der Zukunft ist folgende: Werden die Völker Europas und besonders Frankreich, England und Deutschland den festen Willen finden, die Vergangenheit zu vergessen, um gemeinsam unter Berücksichtigung der Interessen aller Völker Europa wirtschaftlich wieder aufzubauen? Wenn sich ein solcher Wille nicht finden sollte, wie ich es leider befürchte, so wird der furchtbare Zusammenbruch von ganz Europa unvermeidlich sein.

Deutsch-Osterreich.

Sturm gegen die Börse. Am Börsengebäude sammelten sich 2000 bis 3000 Personen, meist christlich-soziale Gewerkschaftler, um die Räumung und Schließung der Börse zu verlangen. Die Sicherheitswache verbüdete schwere Ausschreitungen. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich zur Polizeidirektion, wo ihr erklärt wurde, daß allen Ungehörlichkeiten im Spekulantenamt entgegengetreten werden würde. Es sind 31 Winkelhändler verhaftet worden.

Ungarn.

Die westungarische Republik. Das amtliche Budapest Depeschensbureau schreibt: Die Nachricht Wiener Blätter von der angeblichen Ausrufung einer selbständigen westungarischen Republik und einer Mobilisierung in Ungarn sind vollständig erfunden. Abgeordneter Friedrich, von dem Wiener Blätter behaupten, er hätte die Republik ausgerufen, befindet sich in Budapest.

Holland.

Zur Verteidigung Indiens. Die Thronrede der Königin enthält ernste Worte über die internationale Lage. Es wird ein Flottengesetz hauptsächlich zur Verteidigung Indiens angekündigt. In Vorbereitung befindet sich ferner ein Gesetzesentwurf über die Möglichkeit der Befreiung von solchen Personen, die aus Gefinnungsbedenken sich gegen den Militärdienst sträuben. Diese Frage hat gerade am Tage der Eröffnung der Generalkonferenzen einen Zwischenfall hervorgerufen. Als die Königin die Thronrede zu verlesen begann, riefen einige Personen von der Tribüne herab: Hermann Groenendaal muß aus dem Gefängnis entlassen werden! Groenendaal befindet sich seit Monaten in Militärhaft wegen Dienstverweigerung aus Gewissensbedenken und hatte mehrere Wochen jegliche Nahrung zurückgewiesen.

Spanien.

Verluste in Marokko. Zwei starke spanische Abteilungen, die am 16. Melilla verlassen haben, um die Insurgenten nördlich und südlich von Gurugu zu vertreiben, mußten mit schweren Verlusten wieder nach Melilla zurückkehren. Das Artilleriefeuer der Riflente ist intensiver geworden. Melilla wird bombardiert; Granaten, die ins Zentrum der Stadt fallen, fordern Opfer der Bevölkerung.

Rußland.

Ungern-Sternbergs Hinrichtung. Die Sowjetregierung gibt bekannt: In Nowotolajewsk hat eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den weißgardistischen Führer Baron Ungern stattgefunden. Baron Ungern wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt worden. Die Anklage wurde gegen ihn erhoben: 1. wegen Unterstützung und Durchführung der weißgardistischen Pläne Japans gegen die Sowjetrepublik; 2. wegen der Vorbereitungen zum Sturz der Sowjetmacht und zur Errichtung der Monarchie in Sibirien unter Michail Romanow; 3. wegen des Massenmordes an russischen Bauern und Arbeitern in Sibirien und der Ermordung chinesischer Revolutionäre. — Der Baron Ungern-Sternberg wurde in den Wirren der letzten Jahre viel genannt und soll zurzeit auch in Deutschland tätig gewesen sein.

während
n Kopf
ember.
5-168,
tr, neu,
%, 250,
Belien-
aisjchrot
55-60,
rtioflein.
tergerste
6-181,
5-190,
aufschien
5-140,
Wiesen-
Loggen-
0-360,
b Mehl
eu und
ndere in
Sept.
Raben
Preise
Schlen:
bis zu
ge, nicht
bis 1200,
50, 870
650 bis
Schlacht-
here 500
gut ge-
Riese:
ctes 700
höchsten
bis 1200,
äge und
the und
Alber
ber 870
ngtüber
50, 1000
hanmel
bis 500,
rschafe)
nge det
Jahr
6, 1800
ring ent-
1150 bis
Kölber

ände
ruff
ah
ags-
uns
müß
de-
hen
Ge-
ben.
anke.
770
m
f und
ruff.
de
5 bis
00 Jit.
e
24,
22750.
wer-
gem-
ngt.
8754
Vtr.